

Kreis Heinsberg

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

Sowohl die NPD, die Partei Die Rechte und – unbedeutend geworden – die Republikaner sind oder waren im Kreis Heinsberg aktiv. Der Kreisverband der NPD umfasst das Kreisgebiet Heinsberg sowie das angrenzende Mönchengladbach im Regierungsbezirk Düsseldorf. Der lange Jahre als Vorsitzender des Kreisverbandes aktive, in Hückelhoven lebende Helmut Gudat, war von 2004 bis 2020 Mitglied des Kreistages Heinsberg, er wurde bei der Kommunalwahl im Jahr 2009 mit 1,5 Prozent und 2014 mit 1,3 Prozent gewählt. Gudat war über Jahre auch Beisitzer im NPD-Landesvorstand und bekleidete zeitweise verschiedene Vorstandsämter im NPD-Kreisverband Heinsberg/Mönchengladbach.

2009 konnte die NPD in zwei Stadträte einziehen. Mit 1,1 Prozent der Stimmen in Erkelenz und 2,1 Prozent in Hückelhoven gelang der Partei der Einzug in Kommunalparlamente, in denen sie vorher nicht vertreten war. In Hückelhoven sollte die Partei von Andreas Mertens vertreten werden, allerdings stellte die Lokalpresse Mitte 2012 fest, er sei „seit September 2009 noch nie in einem Ausschuss oder einer Ratssitzung erschienen.“ In Erkelenz wurde Holger W. gewählt. Dieser hat allerdings im Dezember 2011 gegenüber dem Bürgermeister erklärt, nicht länger für die NPD tätig zu sein und fortan als parteiloses Mitglied dem Rat angehört. Zu den Bürgermeisterwahlen 2009 waren W. und Mertens ebenfalls für die NPD in beiden Kommunen angetreten und erreichten in Erkelenz 2,0 Prozent und in Hückelhoven 2,3 Prozent. Helmut Gudat kam als Landratskandidat auf 2,1 Prozent im Kreis Heinsberg.

Bei der Wahl zum Landrat 2014 konnte Heiko Glowka aus Mönchengladbach für die NPD 2,44 Prozent der Stimmen holen. Bei diesen Kommunalwahlen sicherte die NPD sich ihre Mandate in Hückelhoven und Erkelenz erneut, zudem kandidierte sie erstmals erfolgreich in Geilenkirchen – und zwar mit Direktkandidaten in 18 (!) der 19 Wahlbezirke. In Geilenkirchen holte die NPD 2,1 Prozent, im Rat vertreten wurde sie durch Michael van Dillen. In Hückelhoven holte die NPD 2014 2,55 Prozent der Stimmen, den Sitz im Stadtrat übernahm Gudat. Bei der Bürgermeisterwahl in Hückelhoven erhielt Marcel Beckers aus Geilenkirchen für die NPD 2,37 Prozent der Stimmen.

In Erkelenz wählten 2014 1,7 Prozent NPD, für die Partei gehörte Christian Remberg dem Rat an. Der frühere Neonazi-Skinhead wurde im November 2014 vom Amtsgericht Erkelenz wegen des öffentlichen Zeigens einer auf seinem Unterarm tätowierten SS-Losung zu einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt. In zweiter Instanz erhöhte das Landgericht Mönchengladbach im Februar 2015 die Geldstrafe gegen Remberg auf 5.500 Euro. Im Gegensatz zur ersten Instanz stellte das Landgericht auch fest, dass das NPD-Ratsmitglied einen Hang zur Gewalt und deren Verherrlichung habe. Zum einen zeige dies die SS-Losung,

zum anderen Vorstrafen wegen Körperverletzungsdelikten, darunter eine Haftstrafe. Wenige Tage nach jenem Urteil wählten die Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Mönchengladbach Remberg zu ihrem Vorsitzenden. Unterdessen scheint er dieses Amt nicht mehr zu bekleiden.

Bei den Kommunalwahlen 2020 trat die NPD nur noch für den Kreistag und den Stadtrat in Hückelhoven an. In beiden Fällen wurde die NPD von aktiven oder ehemaligen Vertretern der Neonazi-Partei Die Rechte (DR) oder von „Syndikat 52“ (S52) als Kandidaten unterstützt. In Hückelhoven und dem Kreis Heinsberg kandidierte in einem Wahlkreis für die NPD sogar ein Neonazi von S52, der wegen antisemitischer Gesänge justizbekannt ist, sich bei einem entsprechenden Prozess im April 2019 aber als Aussteiger präsentiert hatte (s.u.). Bei sieben Kandidat/innen gab es Unregelmäßigkeiten. Sie wollten von ihrer Kandidatur zurücktreten, was allerdings nicht mehr möglich war. Die „Rheinische Post“ berichtete später, es gebe Gerüchte, dass diesen meist noch sehr jungen Kandidat/innen angeblich zuvor 15 Euro angeboten worden seien, sollten sie für die NPD kandidieren.

Bei der Wahl 2020 zum Kreistag erzielte die NPD 577 Stimmen (0,51%) und holte keinen Sitz mehr. Bei der Wahl zum Landrat trat erneut Heiko Glowka aus Mönchengladbach an, der für die NPD 1,33 Prozent (1.503 Stimmen) holte. Ihr Mandat in Hückelhoven konnte die NPD respektive der bisherige Ratsmann Helmut Gudat halten. Für die auf Landesebene weitestgehend marginalisierte Partei holte man in der Stadt das für die Kommunalwahlen 2020 NRW-weit beste Ergebnis mit 417 Stimmen (2,75%). Der NPD-Bürgermeisterkandidat in Hückelhoven, Johannes Schöfisch aus Düsseldorf, wurde 399 Mal gewählt (2,63%).

Stammtische der NPD fanden zeitweise regelmäßig statt, u.a. in Heinsberg-Dremmen (2006/2007) und in Hückelhoven (2010). Im März 2009 konnte die NPD eine weithin wahrgenommene Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ anzetteln (s.u.). Zeitweise konnte die NPD im Kreis Heinsberg auch „Sommerfeste“ – etwa Mitte 2015 – oder „Wintersonnenwendfeiern“ – z.B. im Dezember 2016 in Hückelhoven – abhalten.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielte die NPD in den beiden Wahlkreisen des Kreises Heinsberg 1,1 bzw. 1,0 Prozent der Zweitstimmen, 2012 verbuchte sie nur noch 0,67 und 0,68 Prozent der Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 2013 trat für die NPD im Kreis Heinsberg Heiko Glowka aus Mönchengladbach als Direktkandidat an und erzielte bei den Erststimmen 1,3 Prozent. Bei den Zweitstimmen holte die NPD 1,1 Prozent. Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 verzeichnete die NPD im Kreis Heinsberg 0,94 Prozent, bei der Landtagswahl 2017 im gesamten Kreis 0,59 Prozent, wobei die NPD mit 1,1 Prozent der Stimmen in Hückelhoven besonders hervorstach. Bei der Bundestagswahl 2017 kam die NPD kreisweit auf 0,32 Prozent der Zweitstimmen, auch dabei gelang es der Partei mit 0,63 Prozent in Hückelhoven besonders stark abzuschneiden. Bei der Europawahl 2019 holte die NPD im Kreis 0,27 Prozent, in Hückelhoven 0,71 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2021 kam die NPD im Kreis auf 0,15 Prozent der Zweitstimmen, erneut gelang es ihr in Hückelhoven besonders stark abzuschneiden. Die dort erzielten 0,28 Prozent waren abermals eines der besten Ergebnisse in einer Kommune in NRW.

In Geilenkirchen fand Mitte August 2015 unter dem Deckmantel der Bürgermeisterwahl eine kleine NPD-Kundgebung statt. Dabei hetzten die Rechtsextremen überwiegend ohne lokalen Bezug gegen Asylsuchende, Migranten, die USA und Muslime. Angereist waren die NPD-Kader aus Mönchengladbach, aus Viersen, Duisburg, Meerbusch, dem Rhein-Sieg-Kreis, Essen und Bochum. Als Redner/innen fungierten u.a. NPD-Landeschef Claus Cremer (Bochum) und die stellvertretende Landesvorsitzende Ariane Meise (Siegburg). Ebenso bürgerfern kandidierte bei den Bürgermeisterwahlen am 13. September in Geilenkirchen ein NPD-Vertreter: Bernd Buse aus Meerbusch. 133 Geilenkirchener/innen gaben dem NPD-Kandidaten ihre Stimme (1,2 Prozent).

Seit Februar 2013 ist ein Kreisverband Aachen und Heinsberg der Splitterpartei Die Rechte (DR) aktiv. Ehemalige Anführer der seit August 2012 verbotenen Neonazi-Kameradschaften aus Dortmund und Hamm sowie der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) führen den Landesverband und verschiedene

Kreisverbände der Partei DR an. Laut dem NRW-Innenministerium ist die Splitterpartei ein „Auffangbecken für Mitglieder der verbotenen Kameradschaften“ in NRW. So gelingt es den Neonazis, die Aktivitäten der verbotenen KAL fortzusetzen. Erster Vorsitzender des DR-Verbandes Heinsberg sollte nach der Gründung Gerwin J. sein, bis zum Verbot war er der Leiter der KAL-„Sektion“ Heinsberg.

Bei der Bundestagswahl 2013 stimmten im Kreis Heinsberg 26 Wahlberechtigte für die DR, der Stimmenanteil blieb damit im Promillebereich, bei der Landtagswahl 2017 erzielte die DR 0,04 Prozent und 43 Stimmen im gesamten Kreisgebiet. Ähnlich der NPD (s.o.) konnte die DR 2017 besonders in Hückelhoven mit 0,08 Prozent punkten und alleine in dieser Kleinstadt schon 13 Wähler/innen mobilisieren. Kreisweit wählten bei der Europawahl 2019 62 Personen die DR (0,06%) und 15 die Neonazi-Partei Der III. Weg (0,01%). In Hückelhoven stimmten eine Person für den III. Weg und 28 für die DR (0,19%). Der gemeinsame DR-Kreisverband Heinsberg und Aachen nutzte von Mitte 2017 bis Ende 2019 eine Postfachanschrift in Hückelhoven.

Ein weiterer Re-Organisations-Coup aus Kreisen alter KAL-Leute und jetziger DR-Kader: Mitte 2014 verkündete man, dass eine der örtlichen DR untergeordnete Freizeit-, Schulungs- und Freundesgruppe namens „Syndikat 52“ (S52) gegründet worden sei – namentlich eine Kombination aus den Anfangsziffern der Postleitzahl für den Raum Aachen und einer Art von Verbrechersyndikat, immerhin waren KAL-Mitglieder in den Jahren vor dem Verbot wegen zahlreicher Straftaten aufgefallen. S52 verbreitete sogar, man habe eine Immobilie erwerben oder mieten wollen, um eine Art nationalistischen Frei(zeit)raum für eigene Aktivitäten aufzubauen.

Bisherige „Syndikat 52“-Aktivitäten in der gesamten Region deckten sich teilweise mit alten KAL-Angeboten: Computerschulung, Konzerte, Weihnachtsfeiern, Flyer- und Schnippselaktionen, Sprüh- und Aufklebefaktionen in Hückelhoven (s.u.), gemeinsames Grillen und sportive Aktivitäten, etwa mehrere größere Rafting-Touren der Neonazis auf der Rur von Hückelhoven-Hilfarth nach Wassenberg-Orsbeck, sowie „Heldengedenken“ in der Tradition der KAL etwa 2016 und 2017 im überschaubaren Kreis an der Gedenkstätte bzw. auf dem „Ehrenfriedhof“ hinter dem Heinsberger Kreisgymnasium.

Ein „Heldengedenken“ hielten DR und S52 auch im Mai 2017 am Kriegerdenkmal in Wassenberg ab. Besonders perfide dabei war, dass an dem Denkmal auf dem Soldaten- bzw. Waldfriedhof auch eine Tafel an die im Nationalsozialismus ermordeten Juden der Gemeinde erinnert. Im Februar 2018 haben DR und S52 kleine „Heldengedenken“ anlässlich des Todestages des SA-Mannes und NS-Märtyrers Horst Wessel an Denkmälern im Kreisgebiet abgehalten. Im Zuge dessen kam es auch zu illegalen Plakat- und Aufkleberaktionen mit dem Konterfei Wessels.

2017 geriet ein Neonazi aus dem S52-Umfeld als ehemaliger FPD-Kandidat in die Schlagzeilen, weil der junge Mann mit Neonazis aus dem Rheinland gemeinsam nach Berlin gefahren war, um an einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess teilzunehmen. Der junge Mann aus Gangelts-Schierwaldenrath hatte sich 2012 und 2013 im Umfeld der KAL und der DR bewegt. 2014 kandidierte er dann bei den Kommunalwahlen zum Gemeinderat in einem der Wahlbezirke für die FDP, der er seit 2013 angehört haben soll. In einer Selbstdarstellung hieß es seinerzeit, er mache sich gerade für die Belange von Kindern und Jugendlichen stark. Er forderte etwa im Wahlkampf 2014 die Einrichtung eines Jugendbeirats sowie „Kinder- und Jugendliche aktiv in Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubinden“. Bei der FDP führte diese Personalie im Zusammenhang mit dem Hess-Aufmarsch im Herbst 2017 zu erheblichen Irritationen. Der Vater – ein örtlicher FDP-Politiker und -Funktionär – des Neonazis sagte gegenüber der Lokalpresse, ein Wandel bei der Gesinnung seines Sohnes habe wohl nie wirklich stattgefunden. Die FDP-Mitgliedschaft des jungen Mannes endete seinerzeit im Zuge eines Ausschlussverfahrens. Danach war er weiterhin bei S52 und der DR aktiv.

Die Republikaner (REP), die bei der Kommunalwahl 2004 ein Mandat im Erkelenzer Stadtrat erringen konnten, sind im Kreisgebiet so gut wie nicht mehr aktiv. Bei der Kommunalwahl 2009 erreichte die Partei,

deren Stadtratsmitglied sich mit einem ehemaligen SPD-Abgeordneten zur Fraktion für soziale Gerechtigkeit zusammengeschlossen hatte, nur noch 0,7 Prozent und konnte damit das Mandat nicht halten. Darüber hinaus lebt der langjährige Bundes- und Landesschatzmeister der Partei, Ralf Goertz, in Erkelenz. Er nahm auf der Landesliste der Republikaner zur Landtagswahl 2010 Platz 2 ein; Goertz gehörte bis zirka Ende 2018/Anfang 2019 dem REP-Bundes- und Landesvorstand in unterschiedlichen Positionen an. Bei der Landtagswahl 2010 erhielten die Republikaner 0,3 bzw. 0,4 Prozent der Zweitstimmen in den beiden Heinsberger Wahlkreisen; 2012 traten die REP nicht mehr an. Bei der Bundestagswahl 2013 holten sie im Kreis Heinsberg 0,2 Prozent. Bei der Europawahl 2014 verzeichneten die REP im Kreis Heinsberg 0,28 Prozent, bei der Landtagswahl 2017 nur noch 0,07 Prozent. Auffällig bei den REP ebenso wie bei der NPD und der DR das Ergebnis 2017 in Hückelhoven (s.o.) mit 0,08 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017, der Europawahl 2019 und der Kommunalwahl 2020 traten die REP nicht an.

Pro NRW konnte in den beiden Heinsberger Wahlbezirken bei der Landtagswahl 2012 1,16 und 1,01 Prozent der Zweitstimmen erringen. Bei der Bundestagswahl 2013 trat nicht Pro NRW, sondern der bundesweite Ableger Pro Deutschland zur Wahl an und erhielt 0,2 Prozent der Zweitstimmen. Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 verzeichnete Pro NRW im Kreis Heinsberg 0,33 Prozent. Während die selbst ernannte Bürgerbewegung Pro NRW in benachbarten Kreisen und Regionen über Kreisverbände verfügte, gab es in Heinsberg bis zum Ende der Partei keine aktiven Pro-Strukturen.

Die AfD im Kreis Heinsberg gilt bisher als ein eher gemäßigt auftretender Kreisverband. Gleichwohl fiel ab 2018 eine Facebook-Seite namens „Freunde der AfD Kreis Heinsberg“ auf. Auf dieser anonym betriebenen, parteinahen Seite wurden sowohl AfD-Inhalte, als auch deutlich radikalere Postings verbreitet; die Facebook-Fans der Seite haben bei den Kommentaren teils offen rassistische und rechtsradikale Meinungen gepostet. Die Seite veröffentlichte mehrfach Postings gegen den jüdisch-stämmigen George Soros, dessen Darstellung dabei verschwörungstheoretisch und teils antisemitisch konnotiert einem Art jüdischen Weltenlenker glich. Ein Statement im August 2019, wonach die AfD-„Freunde“ nicht rassistisch eingestellt seien, beschrieb Migranten als „kulturfremd“ und oft gewalttätig sozialisiert; das Statement gegen Rassismus war im Kern ethnopluralistisch rassistisch formuliert. Anfang 2020 nannte sich die Facebook-Seite um in „Liberale und konservative Plattform, Kreis Heinsberg“; wenige Tage später wurde auch die Ortsangabe aus dem Titel entfernt.

Von dem Twitter-Account „AfD Übach-Palenberg“, auf dem eine Einzelperson neben nicht lokalen Parteiinhalten auch rechtsradikale, demokratie- und zuwanderungsfeindliche Inhalte verbreitet, distanzierte sich der AfD-Kreisverband 2021 öffentlich. Demnach will der Kreisverband sich darum bemüht haben, dass der Account entweder stillgelegt oder unter einem anderen Namen betrieben werden soll. Im April 2021 ging der Twitter-Account offline.

In die Schlagzeilen geriet die AfD im Kreis Heinsberg Anfang Januar 2020, nachdem der Geschäftsführer der Fraktion im Kreistag durch einen Facebook-Kommentar aufgefallen war, in dem er u.a. „Bambule der schönsten Art“ gegen gewaltbereite Linke und Gegendemonstranten („ihr Linken Drecks Viecher“) glorifizierte. Im Zuge dessen wurde bekannt, dass der Mann auch in der Vergangenheit in Einzelfällen „Hate Speech“-Kommentare gepostet hatte. Die AfD geriet unter Druck, immerhin wird der Fraktionsmitarbeiter – wie bei allen Parteien – aus Geldern des Kreises finanziert. Auf Kritik anderer Parteien und der Bitte um eine Stellungnahme durch den Landrat reagierte die AfD verspätet bzw. bis Mitte Februar 2020 ausweichend.

Wegen dieser Vorfälle verließ später dann eines der beiden Kreistagsmitglieder noch vor den Kommunalwahlen 2020 die AfD. Gleichwohl blieb der Mann Mitglied der Fraktion und sicherte dem Geschäftsführer so weiter seine Funktion. Nach der Kommunalwahl fungiert nun ein anderes Parteimitglied als Fraktionsgeschäftsführer. Ungewöhnlich bei den Kommunalwahlen 2020 war der Umstand, dass 12 der 27 Kandidat/innen der AfD in den Wahlbezirken zum Kreistag und 13 der 19 Bewerber/innen für die Wahl zum Stadtrat einen russischen oder osteuropäischen Migrationshintergrund hatten. Die Lokalzeitung

kommentierte: „Die Gefahr, die durch die Russland-Verbindung deutlich wird, liegt darin, dass weite Teile der AfD und viele ihrer Mitglieder die politischen und gesellschaftlichen Konventionen des Westens ablehnen. Und das ist auch auf kommunaler Ebene ein Problem.“

Freie Kameradschaftsszene

Im Kreis Heinsberg waren mehrere Kameradschaften aktiv, darunter die am 23. August 2012 durch den Landesinnenminister verbotene „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL). Seit dem Jahr 2009 tauchten in der KAL oder deren Umfeld eine Reihe neuer, meist sehr junger Neonazis aus dem Raum Heinsberg auf und zählten bald zu den überwiegend sehr aktionistisch, gut strukturiert und aggressiv auftretenden Personen in diesem Umfeld.

Bekannt wurden im Jahr 2008 auch Aktivitäten einer Gruppe, die sich als „Autonome Nationalisten Heinsberg“ bezeichnete. Um 2010 kursierte diesbezüglich auch kurz der Name „Aktionsgruppe Heinsberg“ (AG HS). Sowohl Graffitis mit den Gruppennamen und dem Kürzel als auch Aufkleber wurden im öffentlichen Raum angebracht. Besagte „Autonome Nationalisten“ im Kreis Heinsberg schlossen sich später bis zu deren Verbot der KAL an.

Im Frühjahr 2013 trat eine Clique von Neonazi-Skinheads und rechtsaffinen Techno-Fans unter dem Label „Heinsberg National“ respektive „Nationale Sozialisten Heinsberg“ in Erscheinung. Die Clique unterhielt eine spärlich mit Inhalten gefüllte Homepage im Internet, in Sozialen Netzwerken grüßten sich die „Kameraden“ u.a. offen mit strafrechtlich relevanten Parolen wie „Heil Hitler“ oder der SS-Losung „Meine Ehre heißt Treue“. Vertreter der Clique reisten vereinzelt mit ehemaligen KAL- und DR-Kadern zu Aufmärschen an.

Bei einer bundesweiten Razzia gegen mutmaßliche Betreiber des neonazistischen „Thiazi“-Internet-Forums wurde im Juni 2012 auch eine Wohnung in Selfkant durchsucht. Ermittelt wurde gegen einen Mann, der laut einer Antifa-Gruppe zeitweise der dritt wichtigste Moderator unter den Forenbetreibern war. Dabei fiel der Verdächtige außerhalb der virtuellen Welt nicht als Neonazi auf. Er leitete bis zum Zeitpunkt der Razzia eine Akutstation des Krankenhauses für Psychiatrie in Gangelt, schrieb Texte über Gewaltdeeskalation und schulte sogar Polizisten und antirassistische Initiativen.

Die Ermittlungen gegen „Thiazi“ leitete die Staatsanwaltschaft Rostock. Dabei fanden in elf Bundesländern Durchsuchungen bei mutmaßlichen Foren-Betreibern wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung statt. Bei dem Forum handelte es sich um das bedeutendste deutschsprachige Internetforum der Neonazi-Szene. In ihm wurden massenhaft Liedtexte und Tonträger zum Download angeboten. Darin wurde zum Hass gegen Ausländer, Juden und Menschen anderer Hautfarbe aufgestachelt und zu gewalttätigen Übergriffen aufgerufen. „Thiazi“ ist seit der Razzia offline.

Im Zuge der verstärkten Diskussion über die „Reichsbürger“-Bewegung wurde Ende 2016 bekannt, dass im Gerichtsbezirk Aachen – wozu der Raum Aachen, Düren und Heinsberg zählt – in Einzelfällen „Reichsbürger“ auffielen, die sich gegen Bußgeldverfahren oder Zwangsvollstreckungen wehren wollten. In einem Fall hat ein Gericht zwei Tage Ordnungshaft gegen einen „Reichsbürger“ angeordnet, der ein Gerichtsverhandlung gestört hatte.

Mitte 2018 griffen die Lokalmedien das Thema „Reichsbürger“ wieder auf. Für den Kreis Heinsberg sprach der Staatsschutz von rund 30 „Reichsbürgern“. Im Großraum Aachen habe man bei den aktenkundig gewordenen „Reichsbürgern“ keinerlei Überschneidungen mit der rechten Szene feststellen können. Es habe in der Region bis dahin noch keine gravierenden Vorfälle gegeben. Gleichwohl seien einige wenige „Reichsbürger“ im Grenzland als extremistisch einzustufen. Zehn Prozent aller „Reichsbürger“ in der Region gehörten laut Polizei zum harten Kern. Einige seien strafrechtlich gesehen wegen Urkundenfälschung und

Bedrohung aufgefallen. Angesichts der Einwohnerzahl und im Vergleich mit der Gesamtregion lebten die meisten „Reichsbürger“ in den Kreisen Heinsberg und Düren.

Im August 2019 lebten laut der NRW-Landesregierung im Kreis Heinsberg insgesamt 32 „Reichsbürger“ bzw. Selbstverwalter. Sie wohnten demnach in Erkelenz (8), Gangelt (1), Geilenkirchen (2), Heinsberg (1), Hückelhoven (4), Selfkant (3), Übach Palenberg (1), Waldfeucht (2), Wassenberg (6) und Wegberg (4).

Ein Rechtsanwalt aus dem Kreis Heinsberg scheiterte am 20. September 2019 am Verwaltungsgericht Aachen mit dem Ansinnen, dass die Kreisverwaltung ihm bestätigen solle, Staatsangehöriger des „Bundesstaates Königreich Preußen“ zu sein. Am selben Tag entschied das Verwaltungsgericht über Klagen von „Reichsbürgern“, die Kammer verhandelte sie deswegen unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen im selben Saal. Der Jurist selbst argumentierte zwar ähnlich wie diese, wollte indes laut Lokalpresse kein „Reichsbürger“ sein. Gleichwohl hat er etwa auf seiner Homepage und in einem Buch Texte publiziert, die die Souveränität der Bundesrepublik in Frage stellen.

Zudem tat sich der Jurist hervor durch Petitionen und Strafanzeigen unter anderem gegen Politiker, die zuerst argumentativ-inhaltlich solchen aus der Friedensbewegung glichen, unterdessen indes eher inhaltlich Versatzstücke aus der rechtsextremen Szene transportieren. Im Mai 2019 erstattete er nach eigenen Angaben etwa bei der Generalbundesanwaltschaft Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel „wegen Beteiligung am Völkermord zum Nachteil der deutschen Völker“. Der Anwalt setzte die Strafanzeige in einen Kontext mit dem Zuzug von Flüchtlingen und Migranten. An den Deutschen werde durch die „Populationsbombe [zwecks] Züchtung einer hellbraunen Mischrasse“ und die „inszenierte Massenmigration“ der „wahrscheinlich abscheulichste Rassismus des 21. Jahrhunderts verbochen“, schrieb er in der Anzeige. Seiner Meinung nach drohe ein „schleichender Genozid“.

Im Juni 2020 erstattete der Jurist nach eigenen Angaben Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Merkel „wegen Beteiligung am Völkermord“ wegen des Ausbaus und der Aktivierung des neuen Mobilfunkstandard 5G. Seine Strafanzeige untermauerte er u.a. durch Beigabe einer Broschüre aus dem umstrittenen Verlag von „Klagemauer.TV“. Im Zuge der Corona-Pandemie trat der Anwalt aus Selfkant auch als Jurist für die Szene der Gegner der Schutzmaßnahmen in Erscheinung. Zudem war er Redner bei entsprechenden Versammlungen, etwa im August 2020 in Düsseldorf.

Dort führte der Jurist aus, es gebe angesichts der Corona-Krise einen „perfiden Plan“, die Völker zu beeinflussen. Politik und Medien wirkten gemeinsam. Seit Jahrhunderten agierten „Eliten im Hintergrund“, deren Namen man nicht kenne, die indes „Marionetten“ einsetzten in Politik und Medien. Alles sei so konzipiert, dass „das Volk nichts zu sagen hat“, sagte der Anwalt vor den „Corona Rebellen“ in Düsseldorf im August 2020. Ohne hierbei konkret auf eine angebliche jüdische Weltverschwörung hinzuweisen, klangen Codes durch, die Antisemiten in diesem Sinne dechiffrieren konnten.

In Heinsberg lebt der rechtsradikale, verschwörungsideologische Medienaktivist Sebastian V., der unter dem Label „Fakten, Frieden, Freiheit“ agiert. Seine Inhalte und Videos wurden schon früh auch in rassistischen und rechtsextremen Kreisen verbreitet und gelobt. „Wenn Sie mich wirklich in die rechtsradikale Verschwörungsecke stellen wollen, können Sie das gerne tun“, zitierte ihn dazu im Februar 2020 das Portal „netzpolitik.org“. Unterdessen kooperiert V. vielfältig mit politisch ähnlich einzuordnenden Medienaktivisten und Musikern. So wurde V. für den 25. September 2021 als einer der Referent/innen beim Online-Kongress „Speakers Day“ von/mit Dave Brych angekündigt. Die rund 15 Referent/innen kamen überwiegend aus dem verschwörungsideologischen bzw. rechtsradikalen Spektrum.

V. hatte schon am 5. April 2021 an einem Vernetzungstreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit mehreren Medienaktivisten und Musikern derselben Szene teilgenommen. Anwesend waren dabei auch der äußerst rechte Ex-AfD-Politiker Heinrich Fiechtner, der rechtsextreme Musiker Hannes Ostendorf (u.a. „Kategorie

C“), eine Vertreterin von „Klagemauer.TV“ (Kla.TV) und der rechtsradikale Influencer „Aktivist Mann“ sowie weitere Aktivisten dieser Szene(n). Aus diesem Treffen ging das Netzwerk „Die Konferenz“ hervor, das u.a. mit dem Soulsänger und Verschwörungsideologen Xavier Naidoo den Song „Heimat“ aufnahm und veröffentlichte. V. war einer der Texter des Liedes.

V. ist bei solchen Kooperationen u.a. als Rapper und Sänger unter dem Künstlernamen „Der Typ“ aktiv. Als solcher ist er auch beteiligt an einem HipHop-Projekt aus dem rechtsradikalen und verschwörungsideologischen Spektrum, das als „Rapbellions“ firmiert. Gastsänger war V. zudem bei einem gemeinsamen Song von Ostendorf und Naidoo (s.o.). Auch mit einem Bremer Rapper veröffentlichte „Der Typ“ einen weiteren Song gegen die Corona-Auflagen und das Impfen. Teile des dazugehörigen Musikvideos wurden in Heinsberg aufgenommen, darüber hinaus wirkten als Statisten und Gäste bekannte Aktivisten aus dem rechten bis verschwörungsideologischen Spektrum mit. V. selbst trat u.a. in Pullovern und T-Shirts der vom NRW-Verfassungsschutz beobachteten „Corona Rebellen Düsseldorf“ auf, die den „Reichsbürgern“ nahe stehen.

Aufmärsche/Aktionen/Übergriffe

Ein Vorfall im Jahr 2009 erlaubte es der örtlichen NPD Propaganda-Aktionen durchzuführen. Ein verurteilter Sexualstraftäter zog nach seiner Haftentlassung in den Kreis Heinsberg. Dies wurde vom Landrat öffentlich gemacht, was fast ein Jahr lang zu täglichen Demonstrationen in der Nähe des Wohnorts der Person führte. Ein „Aktionsbündnis gegen Karl D.“ organisierte zuerst durch aggressive Stimmung geprägte Demonstrationen von bis zu 100 Personen, später nur noch kleinere Kundgebungen im Ortsteil Randerath. Kurz nach Bekanntwerden der Aussagen des Landrates meldete auch die NPD eine Kundgebung unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ im Heinsberger Stadtteil an, nach deren Ende sich ein Großteil der etwa 60 Besucher/innen noch zu einer unangemeldeten Spontandemonstration entschloss, die allerdings durch die Polizei beendet wurde.

In der Folgezeit versuchten vereinzelte Neonazis immer wieder, an die weiterhin stattfindenden Proteste aus der Bevölkerung anzuknüpfen. Durch die Polizei wurden vereinzelt Platzverweise ausgesprochen, der Landrat und Teile der demonstrierenden Bürger/innen machten deutlich, dass sie der NPD keine Bühne für ihre Agitation bieten wollten. Dennoch gelang es Neonazis immer wieder, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Eine längerfristig angekündigte und durch Axel Reitz (Pulheim) angemeldete Demonstration am 21. März 2009 wurde von etwa 80 Personen aus der extrem rechten Szene besucht. In einem Redebeitrag forderte ein Aktivist der neonazistischen „AG Windeck“ aus dem Rhein-Sieg-Kreis nicht nur die „Todesstrafe für Kinderschänder“, sondern auch für Richter, die Verantwortung für die Freilassung von Sexualstraftätern tragen würden.

In der Folgezeit ebten die Proteste der Bürger ab, die extreme Rechte hielt 2009 und 2010 noch kleinere Mahnwachen und Aufmärsche ab. Spätere Wahlergebnisse ließen zwar nicht darauf schließen, dass politisches Kapital aus dem radikalen Auftreten geschlagen werden konnte. Die stellenweise offenkundige inhaltliche Nähe der Positionen zeigte jedoch die Gefahr, die von solchen Vorkommnissen ausgeht. Auffallend war zudem, dass in Einzelfällen Personen aus dem Raum Heinsberg, die sich zwar an den bürgerlichen Protesten, nicht jedoch an den rechtsextremen Aktionen beteiligt hatten, bei der Kommunalwahl 2009 in einzelnen Wahlbezirken als NPD-Kandidaten fungierten.

Die im Herbst 2015 erstmals in Linnich (Kreis Düren) aktiv gewordenen „Bürger stehen auf“ hielten am 27. Februar 2016 in Erkelenz einen zweiten Aufmarsch ab. Die durch den NPD-Ratsmann Christian Remberg, andere Rechtsextremisten und Hooligans geprägte Initiative konnte rund 130 Teilnehmer/innen mobilisieren. Zu den Redner/innen gehörten u.a. Dominik Roeseler, zu diesem Zeitpunkt noch stellvertretender Vorsitzender von pro NRW, der Düsseldorfer Szenenanwalt Björn Clemens sowie aus Süddeutschland der NPD-Funktionär Karl Richter und Sigrid Schüßler, ehemalige Vize-Landesvorsitzende der NPD in Bayern.

An einer Kundgebung von „Corona Rebellen“ am 13. Juni 2020 in Heinsberg unter dem Motto „Heimatschutz statt Mundschutz“ nahmen rund eine Handvoll Personen aus der organisierten rechtsextremen und „Reichsbürger“-Szene teil. Der Organisator war ein junger Mann, der zuvor in der Neonazi-Szene aktiv war, diese indes verlassen haben will. Gleichwohl vertritt er weiterhin rechte und verschwörungsideologische Ansichten und hat Bezüge zu Rechtsextremen und „Reichsbürgern“.

Hervorstach bei dieser Kundgebung eine geschichtsrevisionistische Rede eines „Reichsbürgers“ aus Mönchengladbach, der in der Vergangenheit bei anderen Gelegenheiten schon mit antisemitischen Anspielungen aufgefallen war. Der Redner bemühte sich durchgängig darum die Geschichte umzudeuten. Er behauptete, „Nazis“ würden Deutschland regieren. Die Menschen folgten wieder einem „Führer“. Zugleich wetterte er gegen „die Eliten“ beziehungsweise die „Polit-Elite“. Der Redner wies darauf hin, in Deutschland lebten die „umerzogenen“ Menschen seit 1945 in einer „Meinungsdiktatur“.

In einer Passage spielte er mit antisemitischen Stereotypen. Er setzte das angebliche Hochpushen eines Virus und die Schaffung eines Impfstoffes durch unter anderem Bill Gates in den Kontext, dass alles „einzig und allein des lieben Geldes wegen“ geschehe. Gates wurde dabei als weltweit aktiver Strippenzieher beschrieben, der jeden Menschen impfen wolle. Der Redner wies in diesem Zusammenhang auch auf die „Georgia Guidestones“ hin. Verschwörungsideologen behaupten, die Steine in den USA seien von einem Geheimbund erbaut worden, welcher mit der NWO in Verbindung stehe oder jene „Neue Weltordnung“ aufzubauen gedenke.

Der „Reichsbürger“ ging nicht näher auf diesen Hintergrund ein in seiner Rede, wies jedoch darauf hin, dass auf den Steinen „die Regeln von einer unbekanntem, ja, manchen sind sie ja bekannt, aber überwiegend einer unbekanntem Elite“ stünden. Der Hinweis auf einer unbekanntem Elite, die manchen bekannt sei, transportierte dabei auch antisemitische Anspielungen über eine angebliche jüdische „Weltverschwörung“ oder „Weltregierung“. Obschon bei der Versammlung mit in Spitzenzeiten lediglich 25 Teilnehmenden Personen aus der organisierten Szene der Rechtsextremen und „Reichsbürger“ in der Minderheit waren, erhielt dieser Redner den meisten Applaus.

Erstmals leitete die Polizei am 29. November 2020 gegen einen Redner bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen im Großraum Aachen Ermittlungen wegen Volksverhetzung ein. Hatte es zuvor schon in Heinsberg äußerst radikale und aggressive Reden gegeben, wurde nun eine Strafanzeige wegen eines eigentlich rechtsextremen Deliktes von den Beamten gefertigt. Im Rahmen der Kundgebung war Dieter B. aus dem Raum Aachen/Düren dank seiner zum Teil äußerst aggressiven Art aufgefallen.

B. war bis zum Spätsommer 2020 noch der Kopf der NRW-Abordnung der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Splittergruppe „Patriotic Opposition Europe“. Unterdessen tritt er als Kopf von „Klartext 20/21“ auf. Diese Splittergruppe gilt als Sammelbecken für zuvor irrlichternde Einzelprotagonisten aus der Szene der Rechtsextremen, „Reichsbürger“ und rassistischer „Wutbürger“ aus dem Raum Aachen/Düren, Düsseldorf und Duisburg.

Am 30. Dezember 2020 war der Hauptorganisator der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Heinsberg, Tim M., auch verantwortlich für eine Versammlung von Rechtsextremisten und Hooligans am Düsseldorfer Rathaus mit rund 30 Teilnehmer/innen. Als Redner oder Musiker traten dabei ein Neonazi-Hooligan, der rechtsextreme „Reichsbürger“ Sascha V. alias Rapper „Master Spitter“ aus Jüchen und ein Kopf der offen rechtsextremen und rassistischen Splittergruppe „Pegida NRW“ aus Duisburg auf.

„Master Spitter“ aus Jüchen war zudem Mitte März 2021 neben M. in die Organisation einer Kundgebung in Heinsberg eingebunden und trat als eine Art Moderator sowie als Musiker auf. Das von ihm dabei gesungene Lied richtete sich gegen die „GEZ“, in dem Song bezeichnet der Musiker Gegendemonstrant/innen und Antifaschist/innen sowie das System des öffentlich rechtlichen Rundfunks

als Nazis. In „Reichsbürger“-Manier agitiert er vage gegen Behördenvertreter oder ähnliche Personen, etwa Gerichtsvollzieher. Der „GEZ“ unterstellt der Rapper in geschichtsrevisionistischer Art, dass sie wie Adolf Hitler handle und „Stasi-Methoden“ anwende. Helfer dieses Systems seien antifaschistische Gegendemonstranten und diese brüllten „Naziparolen“, rappte der Jüchener in Heinsberg.

Als Redner aus Hamm angereist war am 13. März auch der AfD-nahe, rechte und verschwörungsideologische Medienaktivist Thorsten „Silberjunge“ Schulte. Der für seine provokativen Hetzreden bekannte, frühere AfD-Mann Ralph B. aus Heidelberg, sprach an diesem Tag ebenso in Heinsberg und äußerte sich gegenüber den eingesetzten Polizist/innen und Mitarbeiter/innen des Ordnungsamtes mehrfach äußerst provokant. Tim M. bleibt derweil weiterhin auch überregional aktiv. So gehörte der Heinsberger mit einem der Köpfe der „Querdenken“-Szene aus NRW am 20. März in Kassel zu einem Trio, das den illegalen Umzug mit tausenden Menschen startete und zeitweise anführte.

Unabhängig von den dargestellten Versammlungen kam es im Kreis Heinsberg in den letzten Jahren durch Neonazis und NPD sporadisch zu kleineren Infoständen, Kundgebungen und „Mahnwachen“ zu wechselnden Themen, etwa auch einen Stopp eines NPD-Wahlkampf-LKW in Hückelhoven im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013. Zeitweise hielt die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) auch Treffen und Saalveranstaltungen im Raum Heinsberg ab, wobei die Räumlichkeiten dabei überwiegend unter Angaben falscher Tatsachen angemietet wurden. So feierte die KAL im März 2012 ihr zehnjähriges Bestehen in einem ehemaligen Klosterkomplex in Erkelenz, in dem man heute Veranstaltungsräume anmieten kann.

In der Bürgerhalle in Heinsberg-Karken fand im April 2011 eine höchst konspirativ organisierte „Geburtstagsfeier“ anlässlich des „Führer-Geburtstags“ statt. Bei diesem Treffen, zu dem Neonazis aus dem ganzen Rheinland, den Niederlanden und Teilen Norddeutschlands anreisten, wurde Hitler gehuldigt. Die Fenster der Halle waren dabei mit Sichtschutz behangen und der Innenraum u.a. mit Hakenkreuz-Flaggen „geschmückt“ worden. Mit Hakenkreuz-Flagge marschierten wichtige Kader und Besucher ein, die über hundert Versammelten sangen dazu verbotene Nazilieder und man erbrachte gemeinsam den Hitler-Gruß. Ansprachen von KAL-Kadern, bei denen Redner u.a. Hakenkreuz-Armbinden trugen, und der Auftritt einer Rechtsrock-Band gehörten zum „Programm“. Selbst seit Jahren aktive Neonazis zeigten sich verwundert, dass sich eine Neonazi-Gruppe wie die KAL getraut hat, eine so offen nationalsozialistisch geprägte Versammlung abzuhalten. In früheren Jahren hatte die KAL ähnliches nur im kleineren Rahmen abgehalten. 2017 fand eine kleinere „Führer-Geburtstagsfeier“ in einem angemieteten Raum in einem ehemaligen Klosterkomplex in Erkelenz statt.

Eine in der Neonazi-Szene konspirativ vorbereitete „Party für Deutsche!“, die auf einem Szene-Flyer für den „Raum Aachen“ angekündigt worden war, fand am 5. September 2015 in Heinsberg statt. Aufgetreten ist bei der Veranstaltung an diesem Samstag auch der NS-HipHoper „Makss Damage“, der durch Neonazis aus der Region unterstützt wird. Mitorganisiert wurde das Treffen von Personen aus dem Umfeld der verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL). Die Neonazis nutzten dazu eine ehemalige Gaststätte mit Saal, die als Partyraum vermarktet wird.

An selber Stelle fand zudem am 4. Juni 2016 eine „Record Release Party“ der rechtsextremen Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC) aus Bremen statt. Mehrfach hatten KC, die auch als „Hungrige Wölfe“ firmieren, seit dem Jahr 2007 Konzerte für den „Raum Aachen“ beworben. Immer fanden diese aus Angst vor polizeilichen Verboten grenznah in Belgien oder den Niederlanden statt. Dass der Auftritt im Juni 2016 dann erstmals tatsächlich auch in Deutschland stattfand, kann man durchaus als Machtprobe der Band und deren Umfeld werten. Ein Mitarbeiter von KC stammt aus der Region. Der Mann, Spitzname „Ricky“, „Keule“ beziehungsweise „Ricky Keule“ gehört auch dem Organisationsteam der teils neonazistischen Initiative „Bürger stehen auf“ aus Linnich an. An jenem 4. Juni 2016 waren Teile der Besucher/innen über einen Supermarkt-Parkplatz in Hückelhoven zum bis dahin geheim gehaltenen Konzertort „geschleust“, d.h. herangeführt worden.

Bei dem Heinsberger Ableger der Rockergruppe „Outlaws MC“ in Hückelhoven-Baal waren Musiker von KC im September 2016 erneut aufgetreten. Die Bundesregierung wies Mitte 2017 zudem darauf hin, dass KC ebenso am 18. Februar 2017 bei einem nicht öffentlich beworbenen Konzert in Hückelhoven gastiert hatten; ein Anwalt der Rocker bestätigte später, dass der Auftritt abermals bei dem „Outlaws MC“ in Baal stattgefunden hat. Ein geplantes KC-Konzert an selber Stelle am 29. April 2017 wurde dann durch die Stadtverwaltung wegen einer befürchteten Gefahr für die Sicherheit und Ordnung verboten. Das Verwaltungsgericht Aachen urteilte allerdings im Januar 2018, das Verbot sei formal rechtswidrig gewesen. Ein Mitarbeiter der Stadt sagte seinerzeit dem WDR, man rechne zeitnah mit einem weiteren KC-Auftritt bei den Rockern. Dass KC der für eine „Fuck-Off Winter Party“ am 17. März 2018 angekündigte Livemusik-„Top Act“ bei den „Outlaws“ gewesen ist, ist nicht unwahrscheinlich. KC traten am 16. März 2019 erneut in Form eines „Balladenabends“ auf einer Feier im Clubhaus des „Outlaws MC Heinsberg“ auf, auch diese Fete war zuvor als „Fuck off Winter Party“ beworben worden.

Am 5. November 2016 hat ein großes Rechtsrock-Konzert in Heinsberg stattgefunden. Die als „Lichtbringer-Festival“ beworbene Veranstaltung war höchst konspirativ und professionell organisiert. Selbst Polizei und polizeilicher Staatsschutz sollen erst Tage später vom Austragungsort erfahren haben. Aufgetreten sein sollen in einer Bürgerhalle die Rechtsrock-Bands „Frontalkraft“, „Brainwash“ (beide Ostdeutschland) und „Flak“ (Rheinland). „Frontalkraft“ ist eine seit Jahren aktive Band aus der Neonazi-Szene, die in dieser als ein Klassiker und als Kultband gilt. „Brainwash“ spielen moderneren Rechtsrock und sprechen besonders jüngere Neonazis an, die sich optisch vom klassischen Neonazi-Skinhead unterscheiden. „Brainwash“ sind in diesem Genre eine der bekanntesten Bands Deutschlands. „Flak“ – damals aus dem Raum Bonn – sollten beim „Lichtbringer-Festival“ erstmals seit vier Jahren wieder live auftreten. Das Konzert besuchten daher auch überregional anreisende Neonazis.

Am 21. Oktober 2017 fand in Hückelhoven-Baal eine „Ballermann-Party“ von S52 und DR statt, bei der Anmietung der Räumlichkeiten waren die Vermieter getäuscht worden. Regulär hatte die Partei Die Rechte eine offizielle Lizenz zur Durchführung der Party bei einem kommerziellen Lizenzvergeber erworben. So konnten die regionale DR und S52 als Nachfolger der KAL, die 2012 wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit und Radikalität verboten worden war, damit werben, dass sie „Lizenzpartner“ der A. Engelhardt Markenkonzepte GmbH seien. DR und S52 bewarben die Party dessen ungeachtet teilkonspirativ, Interessierte konnten erst am Tag selbst über eine spezielle Rufnummer oder via Messenger erfahren, wo die „Ballermann-Party“ stattfand.

Im Mai 2010 verwüsteten Unbekannte den jüdischen Friedhof in Gangelt. Mitte Juli 2019 wiederholte sich die Schändung dieses Friedhofs, wobei fast 30 Grabsteine umgestoßen, zerstört oder beschmiert wurden. Neben zahlreichen Hakenkreuzen in roter und silberner Farbe wurden in Rot auch eine Art Kreuz aus der esoterischen Szene, ein Anarchie-A sowie zweimal Hammer und Sichel gesprüht. Gegenüber dem WDR sagte Michael Rubinstein, Geschäftsführer des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Nordrhein, dies sei der heftigste Angriff auf einen jüdischen Friedhof im westlichen NRW mit brachialer Zerstörung seit langem. Rund 650 Meter vom Tatort entfernt waren in Gangelt auch silbern gesprühte kleine Hakenkreuze und ältere Aufkleber der Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52) gefunden worden.

Die Polizei fasste schließlich Ende 2019 zwischen Weihnachten und Silvester zwei Rechtsextremisten der Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52), die im Verdacht stehen den jüdischen Friedhof in Geilenkirchen geschändet zu haben. Am frühen Morgen des 30. Dezember 2019 waren auf dem jüdischen Friedhof gegen 3 Uhr mehr als 40 Grabsteine umgeworfen und teilweise mit blauer Farbe besprüht worden. Die gesprühten Symbole glichen teils unfertigen Hakenkreuzen. Beide Tatverdächtigen im Alter von 21 und 33 Jahren stammten aus Gangelt. Einer der beiden Tatverdächtigen hatte 2014 bei der Kommunalwahl zum Gemeinderat in einem der Wahlbezirke in Gangelt für die FDP kandidiert (s.o.). Im September 2021 begann der Prozess mit Verzögerungen. Nachdem überraschend ein Verteidiger erkrankte platzte der Prozess schließlich ganz und beginnt im Dezember neu.

Zwei Jugendliche, die laut Polizei keine Bezüge zur rechten Szene hatten, zerstörten im August 2010 im betrunkenen Zustand einen massiven Gedenkstein in Geilenkirchen, der an die im Nationalsozialismus ermordeten Juden erinnerte. Im Mai 2012 kam es in räumlicher Nähe zum jüdischen Friedhof in Heinsberg zu einer antisemitischen Sprühaktion („Es ist genug Juden“). 2012 stahlen Vertreter der KAL ein sich gegen Rassismus richtendes Ortsschild der Gemeinde Übach-Palenberg. Verstärkt zu KAL-Schmierereien kam es auch in Gangelt-Schierwaldenrath, einem kleinen Ort, in dem sich zeitweise Neonazis und Mitläufer rund um KAL-Kader trafen und bedrohlich auftraten.

Mitte 2014 wurde das Bürgerhaus in Erkelenz-Gerderath mit rechten Parolen beschmiert, der oder die Täter hinterließen dabei auch Keltenkreuze, ein in der Vergangenheit häufig verwendetes Zeichen der verbotenen KAL. Im August 2014 verklebten Unbekannte antisemitische Aufkleber in Erkelenz, auf denen der Staat Israel und das Judentum mit der Nazibarbarei gleichgesetzt wurden. Ende 2014 kam es zu islamfeindlichen Sprühaktionen in Erkelenz. In Geilenkirchen beschmierten Anfang Mai 2015 Unbekannte die Anita-Lichtenstein-Gesamtschule (ALG) sowie die Realschule. Bei der Namensgeberin der Gesamtschule handelt es sich um eine Jüdin aus der Stadt, die im Holocaust von den Nazis ermordet wurde. An der ALG hinterließen die Täter unter anderem zwei große Hakenkreuze an der Front des Gebäudes. Außerdem war dort „Judenvernichtungsanlage“ sowie „Deutschland ist Naziland“ zu lesen. Die Realschule wurde unter anderem mit Hakenkreuzen und Reichsadler, unpolitischen Sprüchen, Beleidigungen und dem Namen der umstrittenen Band „Frei.Wild“ beschmiert.

Erst im November 2015 wurde bekannt, dass fünf Jugendliche schon im April 2015 eine Asylunterkunft in Übach-Palenberg mit Steinen beworfen hatten. In der Fliegerhorstsiedlung in Geilenkirchen-Teveren, in der auch Asylsuchende untergebracht sind, kam es im September 2015 und erneut Mitte 2016 zu ausländerfeindlichen Schmierereien. In Wegberg beschmierten im Januar 2016 Unbekannte eine Asylunterkunft mit Hakenkreuzen und rechten Parolen. Im Februar 2016 versuchten Unbekannte, in eine Unterkunft in Heinsberg zu gelangen, sie sollen dabei eine Pistole gezeigt haben. In Gangelt wurden am 11. September 2016 die Scheibe einer Asylunterkunft eingeworfen und Hakenkreuze geschmiert. Unbekannte Täter beschmierten im Juni 2016 ein Denkmal in Heinsberg-Oberbruch, das an den Absturz eines US-Bombers im Zweiten Weltkrieg erinnert, mit schwarzer Farbe.

Vereinzelt kam es im Rahmen von WM- und EM-Übertragungen bei Public Viewings zu rechten Vorfällen in verschiedenen Städten. 2012 skandierten etwa in Heinsberg Neonazis und KAL-Mitglieder dabei rechte Parolen und attackierten gezielt alternativ aussehende Menschen. Seit etwa 2008 gab es über Jahre im gesamten Kreis Heinsberg immer wieder neonazistische Aufkleber- und Sprühaktionen, letztgenannte bis 2012 oftmals mit KAL unterzeichnet. Ein Höhepunkt jener Serie dürfte dabei Ende Juli 2011 das Beschmieren der Polizeiwache und des Rathauses in Wassenberg mit Parolen, Hakenkreuzen, „A.C.A.B.“-Schriftzug und dem Kürzel KAL gewesen sein. Wochen zuvor schon hatte die Polizei den Ermittlungsdruck auf die rechte Szene besonders in Wassenberg erhöht.

Denn schon im Februar 2011 hatten rund 15 verummte und bewaffnete Neonazis und KAL-Leute gezielt eine Rockkneipe in Wassenberg angegriffen, weil man ihnen nach vorangegangenen Provokationen Hausverbot erteilt hatte. Im Juni 2011 versammelten sich in einer Nacht in Wassenberg mehrere maskierte Personen auf einer Straße in der Innenstadt, die Nachtschwärmer und Gäste besagter Rockkneipe nicht passieren lassen wollten. Drei Personen wurden aus der Gruppe heraus sogar mit gewöhnlichen Softairwaffen beschossen und mit Pfefferspray attackiert. Zwei Personen des Trios wurden im Gesicht getroffen und erlitten blutende Verletzungen, eine Person erlitt eine Reizung an den Augen. Aus der Tätergruppe wurden laut Polizei rechte Parolen skandiert.

Im September 2011 trug sich in Wassenberg eine sehr schwere Straftat zu. Zuerst sprachen im Umfeld eines Jugendtreffs KAL-Leute Jugendliche an. Zwei Männer begrüßten dabei Umstehende mit „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ und hoben den rechten Arm zum Hitler-Gruß. Es kam zu einem Streit zwischen den Neonazis sowie einem damals 47-Jährigen und dessen Lebensgefährtin, beide stammten aus der Trinker-Szene. Im

Verlauf des eskalierenden Streits schlug ein KAL-Mann seinem Gegenüber mit einer Bierflasche auf den Kopf und mit der Faust ins Gesicht. Nachdem das Opfer am Kopf blutend zu Boden gegangen war, traten zwei Neonazis und ein jugendlicher Mitläufer gegen Kopf und Oberkörper des Opfers. Im März 2013 verurteilte das Landgericht Aachen wegen der Tat drei ehemalige Mitglieder beziehungsweise Sympathisanten der KAL wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haft- und Jugendstrafen, unter Auflagen ausgesetzt zur Bewährung.

Zu einem erneuten Angriff im Umfeld der Rockkneipe in Wassenberg kam es im August 2013, als abermals Neonazis und rechtsaffine junge Leute eine Auseinandersetzung mit Gästen des Lokals provozieren wollten. Aus der Gruppe heraus wurde vor dem Gebäude eine Art Rauchbombe gezündet und es wurden Bierflaschen geworfen. Zudem sollen rechte Parolen skandiert worden sein. In Tatortnähe fasste die Polizei später vier junge Männer aus Wassenberg und Gangelt.

Insgesamt attackierten bis zu sieben vermummte Personen am 27. Januar 2015 am zentralen Busbahnhof in Wassenberg drei Asylsuchende, eines der Opfer wurde dabei schwer verletzt. Zudem wurden die Opfer rassistisch beleidigt. Kurz nach der Tat kam es deswegen zu fünf Hausdurchsuchungen. Später wurde bekannt, dass diesem schweren Übergriff zuvor schon Provokationen der Neonazis gegenüber Geflüchteten in Wassenberg vorausgegangen waren. Der Prozess gegen fünf Jugendliche und Heranwachsende wegen der Taten begann im Februar 2016 vor dem Amtsgericht Heinsberg. Am 10. Juni 2016 wurden sie wegen der Attacken zu Jugendstrafen verurteilt. Das Jugendschöffengericht verurteilte vier der 18- bis 20-Jährigen zu Jugendstrafen zwischen 14 und 21 Monaten. Die Strafen wurden unter sehr strengen Auflagen – etwa die Teilnahme an einem Aussteigerprogramm und das Zahlen von Schmerzensgeld an ein Opfer – vorläufig für sechs Monate zur Vorbewährung ausgesetzt. Ein fünfter Neonazi wurde zu einer 9-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt, weil er Beihilfe bei einer der Taten geleistet haben sollte. Der seinerzeit 19-Jährige war in einer Jacke mit der Rückenaufschrift „Svastika – European Brotherhood“ (Hakenkreuz – europäische, weiße Bruderschaft) zur Urteilsverkündung erschienen, hatte sich im Prozess besonders provokativ und respektlos verhalten. Als er nach der Urteilsverkündung den Gerichtssaal verließ und ein Kameramann des WDR dies filmte, zeigte er diesem seine Mittelfinger und wies darauf hin, dies sei „für die Richterin“ respektive „für das Gericht“. Das Urteil aus Erster Instanz gegen den seinerzeit 19-Jährigen hob das Landgericht Aachen allerdings im August 2017 in Zweiter Instanz auf und sprach den Neonazi von dem Vorwurf der Beihilfe frei. Im August 2018 wurde der junge Mann im Alter von 21 Jahren vom Landgericht Aachen dann wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt. Er hatte im Oktober 2016 gegenüber Schülerinnen an der nach einem von den Nazis ermordeten Mädchen benannten Betty-Reis-Gesamtschule in Wasserberg den Hitler-Gruß gezeigt.

In Heinsberg bedrohten Neonazis und KAL-Leute im Jahre 2011 einen Punk, u.a. beschmierten sie dessen Wohnungstür im Inneren eines kleinen Mietshauses mit Drohungen und einem Hakenkreuz. Zeitweise riefen Neonazis auch vor dem Haus Drohungen gegen den Punk oder steckten Tierinnereien in dessen Briefkasten. Zu Weihnachten 2011 fand der junge Mann etwa ein blutiges Tierherz in seinem Briefkasten mit einer „Grußkarte“ der KAL. Auf jener Karte waren rote Herzen aufgeklebt und handschriftliche Grüße vermerkt: „Ein Herz für Antifa's wünscht deine K-A-L“.

In Hückelhoven-Ratheim kam es im Mai 2013 zu einem Brandanschlag gegen einen von einer türkischstämmigen Familie betriebenen Kiosk. Ziemlich schnell wurde durch Ermittler und Lokalmedien mitgeteilt, man gehe nicht von einem rassistischen Motiv aus. Der Haupttäter gehörte einer Gruppe „Gabber“ an, also Techno-Fans, die ähnlich wie Neonazi-Skinheads aussehen und manchmal auch rechte Ansichten vertreten. Im Stadtteil Ratheim bewegten sich seinerzeit solche rechtsaffinen Jugendlichen. Sowohl der Haupttäter bei dem Brandanschlag, als auch im Umfeld dieser Tat aufgefallene Personen haben Kontakte zu einzelnen Neonazis aus dem Raum Heinsberg und Mönchengladbach. Im Gerichtsurteil wurde das nicht berücksichtigt. Im Januar 2014 verurteilte das Landgericht Mönchengladbach den 23-jährigen Haupttäter wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung, Sachbeschädigung und gemeinschaftlichen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft. Zur Tatzeit

stand der bereits mehrfach vorbestrafte junge Mann unter Drogen- und Alkoholeinfluss. Einen Teil seiner Strafe sollte der 23-Jährige wegen seiner Suchtproblematik in einer Entziehungsanstalt absitzen. Das Motiv für die Tat blieb laut Gericht im Dunkeln.

Im April 2014 drangen Unbekannte in ein leer stehendes Haus in Geilenkirchen-Kogenbroich ein und vergossen dort übelriechende, ätzende Flüssigkeit. Das Haus in der gutbürgerlichen, idyllisch gelegenen Ortschaft wurde zu diesem Zeitpunkt saniert und sollte später als Obdachlosenheim dienen. Auffallend war, dass das zuvor zeitweise schon als Obdachlosen- und Asylbewerberhaus dienende Gebäude rund 14 Jahre zuvor bereits Ziel zahlreicher Anschläge geworden war, offenkundig um zu verhindern, dass im Ort unliebsame Menschen einziehen konnten. Im Juni 1999 etwa war in dem Haus kurz vor dem Einzug von Asylbewerbern ein Feuer gelegt worden.

Schadensbehebung und Sanierung waren noch nicht abgeschlossen, da geschah im August 1999 ein weiterer Anschlag. Unbekannte hatten dabei die Kellerräume unter Wasser gesetzt, die Wände mit Öl oder Diesel beschmiert und Heizungsrohre demoliert. Im September 2000 schossen Unbekannte auf die Scheiben des seinerzeit teilweise bewohnten Asylbewerberheims in Kogenbroich. Auch im November 2000 wurde auf das Asylbewerberhaus geschossen. Nachdem das Objekt jahrelang teilweise leer gestanden hatte, sollten im Frühjahr 2014 allein stehende Obdachlose dort einziehen. Erneut kam es zu einem Anschlag, diesmal mutmaßlich mit Buttersäure.

Rechtsextremisten nutzten im Kreis Heinsberg im zweiten Halbjahr 2015 die Debatte zum Thema Asyl zu rassistischen und asylfeindlichen Aktivitäten, u.a. in den sozialen Medien. Es wurden – teils von Unbekannten – auch Briefe an Lokalpolitiker und Behörden verschickt mit rassistischen und bedrohlichen Inhalten. In Einzelfällen, etwa in Gangelt, ermittelte daraufhin der Staatsschutz gegen die Absender.

Ein Angriff mit einer Flasche auf einen Asylsuchenden in Übach-Palenberg hatte Ende August 2015 offenbar keinen vornehmlich politischen Hintergrund. Der Täter litt laut Behörden an einer Psychose, möglicherweise ausgelöst durch die langjährige Einnahme von Drogen und den Konsum von Alkohol. Der 45-jährige Aachener war laut Ermittler auch zum Tatzeitpunkt betrunken, völlig verwirrt und wurde nach seiner Festnahme und einer Begutachtung durch eine Sachverständige in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen. Der unter Wahnvorstellungen leidende, strafrechtlich mehrfach aufgefallene Mann hatte in einem Bus mit rund 65 Fahrgästen laut Staatsanwaltschaft nur zwei Menschen mit dunkler Hautfarbe mit Flaschen beworfen. Dabei verletzte er einen der Schwarzen schwer am Arm.

Ein Neonazi-Hooligan aus dem Kreis Heinsberg bewirkte am 31. Oktober 2015 beim Spiel Alemannia Aachen gegen Rot-Weiß Essen mutmaßlich durch sein aggressives und bedrohliches Auftreten (auch gegenüber den Ordnern), dass eine Gruppe von Flüchtlingen einen Tivoli-Block verlassen musste. Derselbe Mann soll später zudem an Fanausschreitungen beteiligt gewesen sein, weswegen ihm drei Jahre lang Stadionverbot (bundesweit) und fünf Jahre lang Hausverbot auf dem Tivoli erteilt wurde.

Am 27. Mai 2016 verurteilte das Amtsgericht Köln einen 33-Jährigen aus Erkelenz, weil er sich im Januar bei einer „Pegida“-Versammlung in Köln verummumt und eine Flasche gegen Polizisten geworfen hatte. Nach einem Angriff am 6. August 2020 auf zwei junge Männer afrikanischer Herkunft in Erkelenz nahm der Staatsschutz die Ermittlungen auf. Beide wurden laut Polizei von mehreren Personen bedrängt und mit rassistischen Begriffen beleidigt. Es kam zu einer Rangelei, bei der Beide leicht verletzt wurden. Die Polizei nahm zwei Verdächtige vorläufig fest. Unbekannte Männer feierten im Juni 2021 nahe einer Asylbewerber/innen-Unterkunft in Erkelenz. Zu den Feiernden gesellte sich auch einer der Bewohner. Nach einem Streit entfernte dieser sich jedoch und ging wieder in die Unterkunft zurück, woraufhin die Männer diese angriffen, bevor sie fliehen konnten. Insgesamt wurden drei Bewohner/innen verletzt. Ob die Tat rassistisch motiviert war, ist Teil der polizeilichen Ermittlungen.

Anfang 2017 kam es in Hückelhoven zu zahlreichen Schmierereien und Aufkleberaktionen durch „Syndikat 52“ (s.o.). Betroffen waren zwar auch Außenbezirke, besonders aber zentrale Orte in der Innenstadt, rund um bzw. an einer Schule, am Rathaus, einem Einkaufszentrum und der Freizeitanlage mit einem Skaterpark. Verklebt wurden massenhaft Aufkleber von S52, durch Sprühaktionen wurde die Gegend als „Nazi Kiez“ und „NS Zone“ markiert. Gesprüht wurde ebenso weiträumig „I ♥ Htlr“, dazu wurden Hakenkreuze und S52-Tags geschmiert. In Einzelfällen sprühte die Neonazis rassistische Parolen oder die S52-Losung „Familie Freundschaft Heimat Syndikat 52 Heinsberg NS-Zone“ bzw. „S52 Rotfront zerschlagen“.

Wirkten diese Sprühaktionen anfangs noch dilettantisch, fielen einige wenige S52-Aktivisten später auch durch qualitativ hochwertige Graffiti auf. Im Wohnumfeld eines Stadtratsmitgliedes, das sich kritisch über die rechtsextreme Szene in Hückelhoven geäußert hatte, kam es im Herbst 2017 zudem zu Sprüh- und Aufklebefaktionen von S52. Derlei hinterließ den Eindruck, als hätten die Neonazis den Ratsherren „markieren“ und einschüchtern wollen. Im Herbst 2019 registrierten die Ermittler in Geilenkirchen und Gangelt Sprüh- und Schmieraktionen u.a. an einem Bahnhof und Bushaltestellen mit Hakenkreuzen und rechtsextremen Parolen wie „Freiheit für Ursula Haverbeck“ (eine inhaftierte Holocaust-Leugnerin). Ebenso kam es im Sommer und Herbst 2019 zu mutmaßlich rechten Angriffen und Aktionen gegen das Büro der Grünen in Heinsberg, wobei u.a. zweimal Scheiben beschädigt bzw. eingeschlagen, Eier auf das Büro geworfen sowie das Wort „Linkes Pack“ geschmiert wurden. Im März 2020 wurde der Privatwagen des CDU Bürgermeisterkandidaten in Wegberg-Arsbeck großflächig mit Hakenkreuzen besprüht.

Schlagzeilen machte im Herbst 2018 ein Vorfall vor einem Döner-Shop in Wassenberg. Der aus der Türkei stammende Betreiber sponserte bis dahin jugendliche Kicker des SC 1920 Myhl, weswegen vor seinem Imbiss ein Fotoshooting stattfand. Dabei animierte der Inhaber des Döner-Shops, ein Deutscher mit türkischen Wurzeln, Teile der Jugendlichen dazu, den Hitler-Gruß zu zeigen. Auf einem der Mannschaftsfotos, das der Betreiber selbst in den sozialen Medien verbreitete, zeigten sieben Kicker – darunter Migranten – den verbotenen Gruß. Der Betreiber und Sponsor sagte später, dies sei nur Satire gewesen, er selbst finde es z.B. auch lustig, seine Postings im Web mit „Sieg heil!“ zu unterschreiben. Der Staatsschutz leitete Ermittlungen ein, die Kicker distanzierten sich von dem Vorfall und der SC 1920 Myhl beendete das Sponsoring.

Traten in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen und „Kameradschaften“ aus dem Rheinland bei Aufmärschen in ganz Deutschland gelegentlich mit eigenen Transparenten oder „Blöcken“ in Erscheinung, änderte sich dies im Jahre 2011. Bis zur Gründung der Partei „Die Rechte“ traten diese Gruppierungen bei Aufmärschen außerhalb des Rheinlandes nicht mehr als Einzelgruppen auf, sondern meist gemeinsam hinter einem „Rheinland“-Banner und teilweise in einheitlich weißem „Rheinland“-T-Shirt. Damit einher gegangen sein soll auch der interne Auf- und Ausbau der Vernetzung zwischen „Kameradschaften“, „Aktionsgruppen“ oder „Aktionsbüros“, Projekten und wichtigen Einzelpersonen aus dem Rheinland und vom Niederrhein.

Nach der Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM), der Inhaftierung verschiedener Führungskader und dem Rückzug des (ehemaligen) Neonazis Axel Reitz aus Pulheim ist diese „Rheinland-Vernetzung“ indes ins Stocken geraten. Seit geraumer Zeit bilden allerdings Neonazis aus dem Rheinland bei größeren Aufmärschen außerhalb der Region sporadisch wieder einen kleinen „Rheinland-Block“. Bei einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im August 2018 in Berlin fiel jener „Block“ – darunter auch Neonazis aus dem Kreis Heinsberg – u.a. mit antisemitischen Parolen auf. So hat der „Rheinland-Block“ bei diesem Heß-Gedenkmarsch 2018 auch den Gesang angestimmt: „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland, schalalalala...“

Das Amtsgericht Erkelenz verwarnte im April 2019 wegen des antisemitischen Singsangs einen Heranwachsenden aus Hückelhoven unter Auflagen. Weil er mitgesungen hat, sollte der 21-Jährige u.a. eine Geldbuße von 500 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen und ein Aussteigerprogramm kontaktieren. Zuvor hatte der Heranwachsende sich in der Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52) sowie dem

lokalen Kreisverband der Neonazi-Partei Die Rechte (DR) engagiert, zudem seit Jahren regelmäßig rechtsextreme Versammlung und Aufmärsche besucht. Bei den Kommunalwahlen 2020 war er NPD-Kandidat.